



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Gesch. Nr. 090/13

16.04 Gemeindeorganisation; Gemeinderat

Detaillierter Auszug aus dem Protokoll zur untenstehenden Ratsdebatte / substantielle Protokollierung, Textteil

[...]

4. GESCHÄFT-NR. 090/13

Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsbericht 2012

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat in Anwendung von § 30 Ziffer 5 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Jahres 2012 und bittet um Genehmigung gemäss § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.

Ratspräsident Hans-Jürg Gehri, BDP, schickt vor der Detailberatung dieses Geschäftes einige grundlegende Anmerkungen zum Ablauf voraus:

Die Reihenfolge der Beratung dieses Geschäftes gestaltet sich wie folgt:

- Referat des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission (inkl. Abschied)
- Stellungnahme der Stadträte zu den mit der Geschäftsprüfungskommission im Vorfeld vereinbarten Themen (Reihenfolge der Ressorts gemäss gedrucktem Geschäftsbericht)
- Fragen der Ratsmitglieder (jeweils zuerst GPK-Mitglieder, danach Ratsmitglieder) können während der Behandlung der einzelnen Ressorts angebracht werden (im Anschluss der stadträtlichen Reden).

Um eine effiziente Behandlung dieses Geschäftes zu ermöglichen, seien folgende Hinweise gegeben:

Die Fragen sollten sich auf Vergangenes beziehen und die entsprechende Stelle im Geschäftsbericht jeweils mit Nennung der Seitenzahl erläutert werden. Fragen, die sich mit Sachgeschäften in der Zukunft auseinandersetzen, können anlässlich der alljährlichen Fragestunde im Herbst an die Mitglieder des Stadtrates gerichtet werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Die Mitglieder der GPK haben den Mitgliedern des Stadtrates im Vorfeld dieser Sitzung Fragen zukommen lassen, welche im Plenum nochmals erörtert werden. Pro Ressort ist eine Behandlungszeit von 5 bis max. 10 Minuten vorgesehen.

Die Stadträtinnen und Stadträte berichten aus den Ressorts:

Ressort	Seite
GEMEINDE	1
GROSSER GEMEINDERAT	7
STADTRAT	11
PRÄSIDIALES	13
FINANZEN (FINANZEN / STEUERN)	25 / 34
GESUNDHEIT	40
HOCHBAU	53
JUGEND UND SPORT	67
SCHULE	79
SICHERHEIT	93
SOZIALES	106
TIEFBAU	120
BETREIBUNGS- UND STADTAMMANNAMT	143
SCHWERPUNKTPROGRAMM DES STADTRATES	144
PENDENZENLISTE DES STADTRATES	149

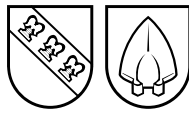
ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Das Geschäft wurde durch die Geschäftsprüfungskommission GPK vorberaten. Diese unterbreitet mittels Schreiben vom 24. Juni 2013 einen einstimmigen Abschied, wonach sie dem Gesamtrat (vorbehaltlich der Beantwortung einer Frage durch das Ressort Sicherheit) die Genehmigung des Geschäftsberichtes empfiehlt. Für den detaillierten Wortlaut wird auf den separaten Kommissionsabschied in den entsprechenden Akten verwiesen.

Es spricht Kommissionspräsident, *Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP*.

Die Geschäftsprüfungskommission habe an mehreren Sitzungen den Geschäftsbericht 2012 detailliert besprochen und gründlich geprüft. In ihrer Arbeit habe die GPK weder grundsätzliche Mängel noch offensichtliche Unterlassungen festgestellt.

Die Mitglieder des Stadtrates wurden mit nicht weniger als 91 Fragen zu ihren Ressorts bedient. Anlässlich der persönlichen Befragung, an welcher Mitglieder der GPK und der jeweilige Ressortvorstand zugegen waren, wurden die Fragen mündlich beantwortet und mit schriftlichen Unterlagen ergänzt. Die dabei dargelegten



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Antworten seien beinahe vollumfänglich zur Zufriedenheit ausgefallen. Allerdings warf ein Sachverhalt aus dem Ressort Sicherheit Fragen auf, da die darüber ergangene Berichterstattung offensichtlich fehlerhaft war.

S. 101, Feuerwehr, Ausrüstung, Geräte und Fahrzeuge:

Der Stadtrat schreibt: „Mit der Beschaffung des Kommandofahrzeuges, welches auch als Personentransporter benutzt werden kann, wurde die Beschaffung eines zweiten, gesetzlich vorgeschriebenen, Personentransporters eingespart.“ Die Stadt verfügt jedoch schon seit vielen Jahren bereits über zwei Personentransporter. Weiter steht im Jahresbericht 2012 der Gebäudeversicherung Kanton Zürich, dass die Gemeinde Illnau-Effretikon einen Personentransporter mit Atemschutz erhalten hat.

Wie erklärt sich der Stadtrat diese Diskrepanz?

Die Frage wurde folgendermassen beantwortet:

Die Kantonalen Vollzugsvorschriften für das Feuerwehrwesen schreiben in § 20 folgendes vor: „Die Grundausrüstung der Ortsfeuerwehr umfasstzwei Personentransportfahrzeuge. Bei Bedarf pro Ersteinsatzfahrzeug in Verbandsgemeinden ein weiteres Personentransportfahrzeug.“ Es müsste also richtig heissen, ein dritter und nicht zweiter Personentransporter. Da jedoch die Ersatzbeschaffung des Kommandofahrzeuges notwendig wurde, erklärte sich die GVZ damit einverstanden, das Kommandofahrzeug zu ersetzen und dieses gleichzeitig als Personentransporter auszurüsten. Somit konnte tatsächlich ein Fahrzeug eingespart werden. Im Jahresbericht der GVZ ist dann richtigerweise von einem Personentransporter die Rede, welcher auch als Kommandofahrzeug zum Einsatz kommt.

Auf eindringliche Intervention seitens GPK, wonach obenstehende Antwort nicht den Tatsachen entspreche, habe die zuständige Stadträtin nochmals Abklärungen veranlasst und festgestellt, dass die Antwort in der Tat falsch ausgefallen war.

Das Rektifikat wurde der GPK im Nachhinein übermittelt:

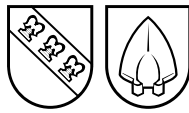
Die Aussage im Geschäftsbericht, dass ein zweiter Personentransporter eingespart werden konnte, ist falsch. Richtig ist, dass die GVZ den Bedarf eines dritten Personentransportfahrzeuges gemäss § 20 der kantonalen Vollzugsvorschriften für das Feuerwehrwesen als gegeben beurteilt und somit das Fahrzeug subventioniert hat. Gleichzeitig stellte sich die Frage des Ersatzes des Kommandofahrzeuges (gesetzlich nicht vorgeschrieben). Um den Ersatz dieses Fahrzeuges einzusparen, wurde mit der GVZ vereinbart, das Personentransportfahrzeug mit einem Kommandoteil auszurüsten. Dieser Ausbau kostete rund Fr. 22'400.- zu Lasten der Stadt. Sowohl die Kosten als auch die Funktion als Kommandofahrzeug sind im Subventionsgesuch an die GVZ ausgewiesen.*

**„Die Grundausrüstung der Ortsfeuerwehr umfasstzwei Personentransportfahrzeuge. Bei Bedarf pro Ersteinsatzfahrzeug in Verbandsgemeinden ein weiteres Personentransportfahrzeug.“*

Fakt sei nun:

- Der 3. Personentransporter ist nicht gesetzlich vorgeschrieben.
- Es wurde kein Fahrzeug eingespart, sondern Fr. 22'400.- für Wunschbedarf ausgegeben.

Grundsätzlich sei festzuhalten, dass die GPK nicht den beschafften Wunschbedarf bemängle. Vielmehr verurteile sie das Getümmel an Falschaussagen, welches diesen beschafften Wunschbedarf hätte verdecken sollen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Auf Wunsch einiger Mitglieder der GPK werde die Thematik im Nachgang zu dieser Debatte nochmals im Gremium der GPK diskutiert.

Dennoch betrachte die GPK in der Summe den Geschäftsbericht und die damit verbundenen Befragungen als ideale Plattform für einen ausführlichen Informationsaustausch zwischen Legislative und Exekutive.

Aus den zahlreich vorhandenen Fragen über das gesamte Spektrum haben die GPK-Mitglieder mit dem jeweiligen Ressortvorstand eine Thematik bestimmt, die im Anschluss im Gesamtrat nochmals erörtert werden soll.

Die GPK bedankt sich bei den Mitgliedern des Stadtrates für die kompetente und ausführliche Beantwortung der Fragen. Ferner zeigt sich die vorberatende Kommission überzeugt, dass die Stadt Illnau-Effretikon über eine Verwaltung verfüge, die ihre Aufgaben erfüllt, gut funktioniert und gegenüber der Bevölkerung als Dienstleisterin auftrete. Sie spricht allen Beteiligten für die erbrachte Arbeit ihren Dank aus.

Die detaillierte Übersicht zu sämtlichen Fragen der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission und den zugehörigen Antworten des Stadtrates findet sich in den Geschäftsakten zum vorstehenden Traktandum.

Im Sinne einer Kurzfassung gibt untenstehende Übersicht Auskunft darüber, welche Themen durch die einzelnen Ressortvorstände im Plenum nochmals erläutert werden.

PRÄSIDIALES

Stadtpräsident Ueli Müller, SP

Ueli Müller berichtet über die personelle Neubesetzung des städtischen Kulturforums. Altersbedingt traten einige Mitglieder dieses Gremiums zurück, wobei die Stadt diese Rücktritte als Chance nutzt, das Gremium nicht nur personellen, sondern auch organisatorischen Änderungen zu unterziehen. Derweil habe man ca. 17 neue Personen für die städtische Kulturarbeit gewinnen können; der Einarbeitungs- und Gewöhnungsprozess sei noch im Gang.

FINANZEN (FINANZEN / STEUERN)

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE

Philipp Wespi referiert zu den Treibern und Gründen der um sich greifenden Verschuldung. Zentral hierbei ist der Selbstfinanzierungsgrad / Cash Flow. Wespi erläutert hierzu die finanztechnischen und –theoretischen Hintergründe und Einzelheiten. Hierzu findet sich im Anhang dieses Protokolls die eingesetzte visuelle Projektion.

GESUNDHEIT

Stadtrat Max Binder, SVP

Max Binder erläutert das Konzept der Litteringpaten, welche dazu beitragen, dass bestimmte Stadtabschnitte von unachtsam liegenden gelassenen Abfällen befreit werden.

HOCHBAU

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP

Reinhard Fürst orientiert den Rat darüber, dass die Planung zum Ausbau des Schulhauses Hagen in Illnau trotz der vom Stimmvolk angenommenen Kulturlandinitiative weitergeführt werden kann. Der durch diesen Volksentscheid tangierte – und nun blockierte – Landstreifen wurde nicht mehr in die Planung integriert. Trotz dieses Verzichtes entsteht ein qualitativ und inhaltlich hochstehendes Projekt – es mussten diesbezüglich keinerlei Abstriche gemacht werden. Die Terminplanung allerdings hinke



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

dadurch weit dem ursprünglich vorgefassten Zeitrahmen nach. Die Ausführungen von Reinhard Fürst werden durch eine visuelle Projektion ergänzt; die gedruckte Version findet sich im Anhang dieses Protokolls.

JUGEND UND SPORT

Stadtrat André Bättig, FDP

André Bättig referiert zum Projekt OHA, was so viel wie „Offene Hallen“ bedeutet. Ziel des Angebotes sei es, Jugendlichen, die nicht in eine traditionelle Vereinsstruktur eingebunden sind, eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu bieten. Hierzu öffne die Stadt an einem bestimmten Sonntag die Turnhalle des Schulhauses Schlimperg, um den Drang der jungen Leute nach Sport und Bewegung zu fördern, resp. zu stillen. Diese Massnahme ermöglicht es, gleichzeitig die Integrationsbemühungen der Stadt zu unterstützen. Die Betreuung solcher Anlässe wird wiederum älteren Jugendlichen übertragen, die zu diesem Zweck als Coach ausgebildet werden.

Die Nachfrage zu diesem niederschweligen Angebot gestalte sich aber durchaus schwankend. Mangels Erfolges wurde das Angebot in Illnau eingestellt; der Standort Effretikon bleibt einstweilen bestehen.

SCHULE

Stadträtin Erika Klossner, FDP

Erika Klossner führt das System der Klassenbildung und der Schülerzuteilung im Detail aus. Hierbei wichtige Einheiten spielen: Die Schülerzahlen und die Vollzeiteinheiten bei den Lehrerpensen. Im Weiteren soll die Länge des Schulweges berücksichtigt werden – auf den Einsatz eines Schulbusses gilt es möglichst zu verzichten. Die verschiedenen städtischen Gebiete führen nicht immer zu einem deckungsgleichen Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. So kommt es, dass auch Umteilungen in andere Quartiere und Stadtteile an der Tagesordnung sind. Im schlimmsten Fall bestimmt der Losentscheid. Selten werden Klassen- oder Schülerzuteilungen mit einem Rekurs angefochten.

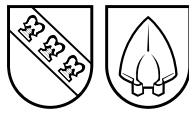
Gemeinderat Hans Zimmermann, GP/GLP, erkundigt sich hierzu, ob die Schule eine Handhabe gegen Eltern vorbringen könne, welche ihre Kinder trotz relativ kurzer Schulwege mit dem Auto begleiten.

Stadträtin Erika Klossner bedauert diesen Umstand und weist bei sämtlichen Quellen und Möglichkeiten auf diese Unsinnigkeit hin (Schulpolizist, Elternabende, Lehrer). Da das Zurücklegen des Schulweges aber in die Kompetenz der Eltern fällt, kann hier die Schule keine einschneidenden Massnahmen anordnen, sondern lediglich Empfehlungen aussprechen.

SICHERHEIT

Stadträtin Salome Wyss, SP

Stadträtin Salome Wyss erläutert den zahlenmässig statistischen Unterschied bei der Durchführung von Verkehrskontrollen und der Ausstellung entsprechender Bussen durch die Stadtpolizei. Der zahlenmässige Abstieg lässt sich u.a. durch den längerfristigen Ausfall eines Stadtpolizisten belegen, was



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

unweigerlich dazu führt, dass die Polizeiarbeit anders priorisiert und auf die vorhandenen Kapazitäten aufgeteilt werden muss. Dass hier Abstriche bei Bussen und bei der Kontrolltätigkeit des Schwerverkehrs resultieren, sei zur Kenntnis zu nehmen. Ferner habe man bei der Umstellung des Parkregimes auf weisse Zonen einstweilen Gnade walten lassen, wenn sich Fahrzeughalter bei der Parkierung ihrer Autos fehlbar verhalten haben; nach zwei Monaten wurden dann konsequent Bussen ausgestellt. Dies trug zu zahlenmässigen Diskrepanzen bei und resultiert nun im Vergleich zum Vorjahr in beträchtlichen Differenzen.

Ferner entschuldigt sich die Stadträtin Ressort Sicherheit zum eingangs der Debatte erwähnten Sachverhalt (Fahrzeug der Feuerwehr). Die in diesem Zusammenhang erfolgte Berichterstattung im Geschäftsbericht war tatsächlich fehlerhaft. Unnötigerweise stellte sich heraus, dass die dazu erstmalig vorgelegte Replik ebenso einer Fehlbeurteilung entsprang. Es sei korrekt, dass Stadträtin Wyss in dieser Sache die ihr obliegende Kontrolle nicht genügend hat walten lassen. Das bedeute aber nicht, dass sie sich dieser Kontrolle generell entziehe. Der Fall sei unglücklich. Dennoch: Das Geld für die Ausgabe war budgetiert – es resultierte am Ende eine Kontoüberschreitung von Fr. 2'000.-.

Für die schlechte Arbeit entschuldigt sie sich und hofft, dass Ähnliches sich nicht wiederholt.

SOZIALES

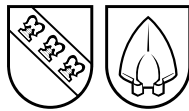
Stadtrat Kurt Brüngger, SP

Kurt Brüngger erläutert die Sozialausgaben der Stadt Illnau-Effretikon im Bereich der gesetzlich, wirtschaftlichen Hilfe (ugs. auch Fürsorge bzw. Sozialhilfe). Im zahlenmässigen Vergleich ist zu erkennen, dass sich die konsequenten Bemühungen in der städtischen Fallführung positiv auf die Quote auswirken. Die Klientenschaft wird so kurz wie möglich im subsidiären System gehalten und wird rege dazu verpflichtet, an Projekten und Programmen teilzunehmen, die allmählich zur dauernden Ablösung beitragen sollen.

TIEFBAU

Stadtrat Urs Weiss, SVP

Urs Weiss erläutert die nachgefragte Rolle des Sicherheitsbeauftragten und dessen Aufgabengebiet im Bereich des Ressorts Tiefbau detailliert und ausführlich.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 11. Juli 2013

DER GROSSE GEMEINDERAT

- in Anwendung von § 30 Ziffer 5 sowie § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

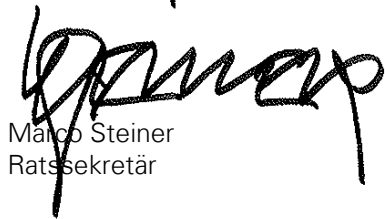
BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht 2012 über die Amtstätigkeit der städtischen Behörden, der Verwaltung sowie der öffentlichen Betriebe wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) Mitglieder des Stadtrates (9),
 - b) Stadtschreiber (1),
 - c) Abteilungsleitende (11),
 - d) Stadtkanzlei (3).

Obgenannter Beschluss erfolgte mit Einstimmigkeit.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll:

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 12.07.2013

ms